

## KURZ UND PRÄGNANT

### Auszubildende absichern

Angesichts des sich andeutenden Lehrlingsmangels fordert MdL Susanne Hennig, die Ausbildung in Thüringen attraktiver zu machen. „Wenn jeder Jugendliche in Ausbildung auch sozial entsprechend abgesichert ist, wird es gelingen, die nach wie vor hohe Abwanderung junger Menschen einzudämmen“, betont die LINKE Politikerin. In einigen Branchen gebe es zwar gute Ausbildungsentgelte, so im Metall- und Elektrobereich, in anderen Bereichen aber, etwa bei den Assistentenberufen, fehle jede Unterstützung und würden sogar Zuzahlungen von einigen hundert Euro verlangt. Auch eine hohe Übernahmequote und eine gute Qualität der Ausbildung seien wichtig. ■

### Bahnstrom nutzen

Mit Verweis auf die Tatsache, dass die Bahn seit dem vergangenen Jahr prüft, ob ihre Stromleitungen für die Regelstromversorgung verwendbar sind, fordert Dr. Gudrun Lukin, verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, auch die Thüringer Landesregierung zu entsprechenden Initiativen auf: „Wenn die Bundesregierung jetzt das 7800 Kilometer lange Hochspannungsnetz der Bahn für den Stromtransport von Nord nach Süd nutzbar machen möchte, sollte die Thüringer Landesregierung in Form eines Pilotprojekts prüfen, ob dieses flächendeckende Netz auch als Stromtrasse für erneuerbare Energien in Thüringen nutzbar ist. Das würde wirtschaftlich um etwa drei Viertel günstiger sein als der Neubau von Stromtrassen.“ ■

### Unterhaltsvorschuss belastet Kommunen

Für die Thüringer Kommunen stiegen die Ausgaben beim Unterhaltsvorschuss von knapp 27,2 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 31,3 Millionen im vergangenen Jahr – Geld, die Landkreise und kreisfreien Städte in den Fällen zahlen, in denen bei getrennt lebenden Eltern der Unterhalt für das gemeinsame Kind nicht oder verspätet geleistet wird. Die Kommune müsste es sich vom Unterhaltspflichtigen zurückholen. Die so genannte Rückgriffsquote verharrt jedoch seit Jahren mit etwa 13 Prozent auf niedrigem Niveau und schwankt zwischen nahezu null Prozent im Landkreis Nordhausen und 25 Prozent im Landkreis Greiz. MdL Frank Kuschel fordert eine stärkere Verantwortung des Landes den Kommunen gegenüber. ■

# Beratungsstelle für Grundrechte statt institutionalisierter Verfassungsschutz

Das Landesamt präsentierte mit seinem Jahresbericht „Zahlen und Fakten ohne Neuigkeitswert“

Nach der Vorstellung des Thüringer Verfassungsschutzberichtes am 22. April in Erfurt erklärte die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Martina Renner: „Nichts, was einer aufmerksamen Zivilgesellschaft bislang verborgen geblieben ist, zudem eine unvollständige Aufzählung rechtsextremer Musikveranstaltungen und kein Beitrag zur politischen Auseinandersetzung.“

Das Landesamt für den Verfassungsschutz leistet nach Ansicht der Innenpolitikerin der Linksfraktion mit seiner Arbeit keinen Beitrag zur dringend notwendigen Auseinandersetzung mit der auch nach Ansicht des Innenministeriums größten Gefahr für die Demokratie, dem Rechtsextremismus. „Der Gefahr zu begegnen heißt, sich mit Einstellungsmustern und Ideologien überall dort auseinanderzusetzen, wo diese in Erscheinung treten. Während viele Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus sich dieser Aufgabe angenommen haben, lokal

und konkret informieren und aufklären, präsentiert das Amt Zahlen und Fakten ohne Neuigkeitswert. Auf der Haben-Seite steht daher nicht viel, auf der Kosten-Seite allerdings Grundrechtseingriff und staatliche Spitzerei. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieses Amtes muss zudem auch vor dem Hintergrund gestellt werden, dass zivilgesellschaftliche Organisationen mehr als doppelt so viele rechtsextremistische Musikveranstaltungen im Jahr 2010 zählten als das Amt selbst“, sagte Martina Renner.

Sie erneuerte für die LINKE die Forderung nach Auflösung des Geheimdienstes. „An die Stelle des institutionalisierten Verfassungsschutzes mit der Befugnis zum Grundrechtseingriff soll eine Beratungs- und Dokumentationsstelle für Grundrechte und Demokratie in Thüringen treten, die sowohl rechtlich und organisatorisch, aber vor allem

auch inhaltlich in der Lage ist, zivilgesellschaftliche Projekte und ihre Arbeit gegen Rechtsextremismus zu stärken und der Vernetzung lokaler Bündnisse zu dienen.“

### Aus dem Jahresbericht

Nach dem Bericht ist die Mitgliederzahl der rechtsextremen NPD in Thüringen im Jahr 2010 erneut um 100 auf etwa 350 Personen gesunken

- Die Zahl der von der NPD organisierten Kundgebungen und Demonstrationen im Freistaat halbierte sich auf zehn. Das geplante „Fest der Völker“ als wichtiger Szene-Treffpunkt war abgesagt worden.

- Das gesamte rechtsextreme Personenpotenzial in Thüringen nahm gegenüber 2009 um 100 auf rund 1.000 Personen ab.

- Landesweit geht der Verfassungsschutz von 180 aktiven Neonazis aus. Das sind 20 mehr als im Vorjahr. ■

## Das Bürgerbüro informiert: Neuregelungen im Kommunalabgabenrecht

CDU und SPD haben trotz Bedenken und Proteste Ende März Neuregelungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Thüringen beschlossen. Der Alternativvorschlag der Fraktionen von LINKE und B90/Grüne, der die Forderungen der Bürgerinitiativen beinhaltete, wurde durch die beiden Regierungsfaktionen abgelehnt.

Einige der Änderungen bei der Erhebung der Straßenausbaubeiträge:

- Straßenausbaubeiträge müssen rückwirkend bis August 1991 erhoben werden.

- Musste sich bisher die Gemeinde für eine Form der Beitragserhebung entscheiden, können künftig einmalige und wiederkehrende Straßenausbaubeiträge parallel in den jeweiligen Ortsteilen/Ortschaften erhoben werden.

- Es wird die zinslose Stundungsmöglichkeit der Straßenausbaubeiträge für Kleingärten nach Bundeskleingartengesetz, die bisher nur für Abwasserbeiträge gesetzlich geregelt war, eingeführt.

- Im Gesetz sind Ausnahmetatbestände zur grundsätzlichen Beitragserhebungspflicht normiert, wonach nur die Gemeinden auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichten können, die gegenwärtig und künftig keine Kredite haben bzw. aufnehmen.

- Die Reduzierung des umlagefähigen Anteils (bei Anliegerstraßen auf 20 Prozent, bei Haupterschließungsstraßen 15 Prozent und bei Hauptverkehrsstraße auf 10 Prozent) ist künftig möglich, wenn die

Verschuldung der Gemeinde maximal 150 Euro pro Einwohner beträgt, die Gemeinde bisher keine Bedarfszuweisungen des Landes erhalten hat, keine weitere Kreditaufnahmen geplant sind und sich die Haushaltslage künftig nicht verschlechtern wird. Gemeinden, die in eine bestimmte Verschuldungssituation kommen, müssen den umlagefähigen Anteil erhöhen.

Mit den Neuregelungen, insbesondere der rückwirkenden Straßenausbaubeitragserhebungspflicht bis ins Jahr 1991 werden neue Konflikte auf kommunaler Ebene erzeugt. Dies ist bisher einmalig in der Geschichte

der Bundesrepublik, dass der Gesetzgeber den Gemeinden vorschreibt, 20 Jahre rückwirkend Straßenausbaubeiträge zu erheben.

Das neue Gesetz enthält keinen Lösungsansatz für die Abwasserbeitragsproblematik. Hier soll es bei den Regelungen bleiben, die seit 2005 gelten.

Die Zusage des Thüringer Innenministers, zumindest bei der Erhebung der Wassergebühren die Verzinsung des Eigenkapitals gesetzlich auszuschließen, was sich gebührend auswirken würde, ist nicht Bestandteil des Gesetzes.



Während der Veranstaltung der Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V. am 28. April im Landtag in Erfurt. Nachdem sich die anwesenden Vertreter der Bürgerinitiativen einig waren, ein Volksbegehren auf den Weg zu bringen (s. auch Seite 5) wurden die Vertrauenspersonen bestimmt. Neben Peter Hammen, Vorsitzender der Bürgerallianz, ist es die Arnstädter Rechtsanwältin Susan Rechenbach, die sich hier gerade vorstellt (unser Foto). ■